

# Antrag Nr. 25-F-77-0001

## CDU, Grüne, SPD, FDP, Die Linke, Volt

---

### Betreff:

Erhalt und Zukunft des Frühlingsfestes  
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Die Linke und Volt vom  
04.02.2025 zu TOP I/7 "Erhalt und Zukunft des Frühlingsfestes" für die Sitzung des Ausschusses  
für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 4.02.2025 -

### Antragstext:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) gemeinsam mit dem Schaustellerverband zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Gibber Bleichwiesen zu einem attraktiven und dauerhaften Standort für das Frühlingsfest werden könnten.
- 2) die Machbarkeit der Salzbachau als dauerhaften Standort für das Frühlingsfest vertieft zu prüfen. Maßgaben bei der Prüfung sind:
  - a) dass ein regulärer Linienbetrieb auch während der Durchführung des Frühlingsfestes sichergestellt sein muss.
  - b) dass der Schlachthof in seinem ohnehin begrenzten Open-Air-Programm (Schallschutzvereinbarungen) nicht weiter eingeschränkt wird.
  - c) dass mit einer potentiellen Nutzung der Fläche keine Baumfällungen einhergehen sollten.
- 3) Vor diesem Hintergrund ist insbesondere zu prüfen:
  - a) Wie groß ist die benötigte Fläche insgesamt und welche Teile des Parkplatzes Salzbachau würden dafür in Anspruch genommen?
  - b) Mit welchen Auswirkungen ist auf den Busbetrieb von ESWE Verkehr zu rechnen (u. a.: Kosten, betrieblicher Aufwand, Auswirkungen auf Linienfahrplan)
  - c) Wo können die Busse in der Zeit des Festbetriebs abgestellt werden?
  - d) Welche Auswirkungen haben die Lärmemissionen des Frühlingsfestes auf alle betroffenen Anwohner\*innen?
  - e) Inwiefern ist die Durchführung des Frühlingsfestes mit dem Veranstaltungsprogramm des Schlachthofs kompatibel? Dabei ist auch die bestehende Vereinbarung mit dem Schlachthof für eine begrenzte Anzahl von Schallereignissen zu berücksichtigen.
  - f) Welche baulichen und infrastrukturellen Anforderungen bestehen an den Platz sowie ggf. finanzieller Aufwand, um diese Anforderungen herzustellen?
- 4) Wie lange müsste der Platz für mögliche Bauarbeiten gesperrt werden?
- 5) Auch die betroffenen Ortsbeiräte in den Prozess einzubinden und die Meinung der Gremien zu berücksichtigen.

Wiesbaden, 04.02.2025

Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Die Linke und Volt